



## **Handlungsfelder 2009 – 2014**

### ***Soziale Gerechtigkeit – Nah bei den Menschen***

**Abarbeitung der Handlungsfelder Stand: November 2011**



Umgesetzt      In Arbeit      Anmerkungen

## Qualitätssicherung in der Kinder- und Jugendpolitik

---

- |  |   |   |  |
|--|---|---|--|
| ◆ Bildungsoffensive in Kindergärten – frühe Sprachförderung und Förderung der Lesekompetenz.   | X |   | Durch Schulung Personal und externe Kräfte.  |
| ◆ Harmonisieren der Zusammenarbeit Schule – Kindergärten.  | X |   | Besuche der Kitas in der Schule und Lehrkräfte in den Kitas.   |
| ◆ Erhalt der Straßensozialarbeit – ggf. ausbauen.  | X |   | Alle Stellen besetzt.  |
| ◆ Umsetzung „Haus des Jugendrechts“.   | X |   | Umsetzung mit allen Beteiligten erfolgt!   |
| ◆ Tagesbetreuung für Kinder unter 3 Jahren in Krippenplätzen und in Zusammenarbeit mit dem Kinderschutzbund.                         | X |   | Ausbau Plätze der städtischen und der freien Träger, jedoch weitere zur Verfügung stehende Plätze notwendig. |
| ◆ Bereitstellung ausreichender Kindergartenplätze, auch nach dem Konzept „Haus des Kindes“.  |   | X | Ständiger Abgleich mit Bedarf.   |
| ◆ Die Öffnungszeiten sollen variabler gestaltet werden, um auch den veränderten Anforderungen der Frauen im Beruf gerecht zu werden. |   | X | Forderung an Verwaltung: Vorlage eines entsprechenden Konzepts.  |



- |   |          |  |          |  |
|---|----------|--|----------|--|
| ◆ Bedarfsorientierter Ausbau des Angebots an Krippen- und Hortplätzen.  |          |  | <b>X</b> |  |
| ◆ Es gilt der Grundsatz „Umbau statt Abbau“: Erhalt der Kinder- und Jugendeinrichtungen in den Stadtteilen, insbesondere bei den Einrichtungen mit hohem ehrenamtlichen Einsatz (Bürgerinitiativen, freie Träger) und bei sozialen Brennpunkten oder hohem Anteil ausländischer Mitbürger (Migranten), Diskussion der Konsequenzen aus Silverage. | <b>X</b> |  |          | Einrichtungen leisten wichtigen Beitrag zur Förderung benachteiligter Jugendlicher.                |
| ◆ Erhalt und Ausbau der Schulsozialarbeit.  | <b>X</b> |  |          | Auch über Bildungs- und Teilhabepaket.   |
| ◆ Erhalt und Ausbau der Hausaufgabenhilfe.  | <b>X</b> |  | <b>X</b> | Hausaufgabenhilfe konnte auf ihrem Stand erhalten bleiben, jedoch zuzüglicher Bedarf erforderlich. |
| ◆ Erschwingliche Ferienangebote für alle Kinder und Erhalt der Stadtstranderholung in zentraler Form.   | <b>X</b> |  |          |  |
| ◆ Einbindung der Kinder und Jugendlichen bei sie betreffenden Planungen, z. B. Jugendrat.   |          |  | <b>X</b> |  |
| ◆ Fortschreibung des Bedarfsplans an Kinderspielplätzen und Instandhaltung.   |          |  | <b>X</b> |  |
| ◆ Weiterentwicklung und Erhaltung der wohnortnahen Naherholungsbereiche.  | <b>X</b> |  |          | Beispiele: Vogelwiese Ruchheim, Backsteinweiher Oggersheim   |



Umgesetzt      In Arbeit      Anmerkungen

## Offensive Schul- und Bildungspolitik

---

- ◆ Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für die Schulstruktur – Realschule+      **X**
  
- ◆ Sanierung der Georgensschule und der Erich-Kästner-Schule mit besonderer Priorität.      **X**      Sanierung läuft
  
- ◆ Jährliche Investitionen im Vermögenshaushalt für die Sanierung der Schulen und Schulsporthallen in Höhe von mind. 5 Mio. Euro (z. B. Sanierung Turnhalle Lessingschule)      **X**      Sanierung Turnhalle Lessingschule konnte leider so nicht umgesetzt werden, wird aber brandschutztechnisch ertüchtigt.
  
- ◆ Keine Kürzungen beim Bauunterhalt der Schulen.      **X**      Ziel: Sukzessive Auflösung des Sanierungsstaus.
  
- ◆ Keine Kürzungen bei den Sachmitteln und beim beweglichen Vermögen der Schulen.      **X**      Im Haushalt keine Kürzungen; leider Haushaltssperre als Bedingung der ADD.
  
- ◆ Keine zusätzliche Belastung der Schulbudgets für Arbeiten durch Umstrukturierungen aufgrund der Einführung des Gebäudemanagements.      **X**
  
- ◆ Einführung weiterer Ganztagschulen, z. B. Bliesschule – Nutzung von Landes- und Bundesprogrammen (sachgerechter Ausbau des Ganztagsschulangebotes).      **X**      Im Haushalt keine Kürzungen; leider Haushaltssperre als Bedingung der ADD.



- |  |          |          |  |
|--|----------|----------|--|
| ◆ Schaffung einer weiteren Gesamtschule in Ludwigshafen.                         | <b>X</b> |          | Gesamtschule Edigheim seit 2010  |
| ◆ Beendigung des Umbaus im Nahrungsbereich für die BBS Technik II.               | <b>X</b> |          | Kompletter Neubau.   |
| ◆ Erhalt des Schullandheims Ramsen.  | <b>X</b> |          |  |
| ◆ Überprüfung der Sicherheit von Schulwegen und Beseitigung von Gefahrenpunkten. |          | <b>X</b> | Andauernde Überprüfung notwendig.  |
| ◆ Weiterer Ausbau der Schulsozialarbeit.   |          | <b>X</b> | Realisierung notwendig; Gespräche müssen mit Mainz geführt werden unter Einbindung unserer Landtagsabgeordneten. |



Umgesetzt      In Arbeit      Anmerkungen

## Städtische Tochterunternehmen

---

- ◆ Konzern Stadt, ständiger Prüfauftrag einer Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, WBL und „städtischen Tochtergesellschaften“ hinsichtlich der Nutzung von Synergien. **X** **TWL/ WBL/ Sparkasse Vorderpfalz**  
TWL: Übernahme des Fuhrparkmanagements durch WBL.  
TWL/ Sparkasse: Auflegung eines Sparkassenzertifikats für Investitionen in erneuerbare Energien „Klima-aktiv Sparbrief“.
- ◆ Keine Anteilsverkäufe von städtischen Tochtergesellschaften zur reinen Haushaltssanierung. **X**
- ◆ Erhalt der städtischen Tochtergesellschaften in Eigenständigkeit unter der Verantwortung der Stadt. **X**
- ◆ Stärkung städtischer Tochterunternehmen und deren Arbeitsplätze durch das Generieren möglicher neuer Geschäftsfelder und Akquisition neuer Kunden. **X** **GAG:** Rheinufer Süd  
**TWL:** Neue Kunden außerhalb von Ludwigshafen.  
**TWL-KOM:** Neues Rechenzentrum, Kunde: Deutscher Wetterdienst Offenbach
- ◆ Keine betriebsbedingten Kündigungen, Sicherung der Beschäftigungsverhältnisse auf hohem Niveau (Verwaltung, WBL und alle städtischen Tochterunternehmen). **X**



- ◆ Bei Notwendigkeit strategischer Partnerschaften oder Allianzen; Beteiligungen Dritter nur mit der Zielsetzung. **X**
  - Ausbau der Zukunftsfähigkeit der jeweiligen Unternehmen.
  - Sicherung der Beschäftigung auf hohem Niveau.
  - Beibehaltung der kommunalen Verantwortung.
  
- ◆ Führung des WBL gemäß Eigenbetriebsverordnung RLP, insbesondere § 11 EigAnVO. Maßnahmen zur Erhaltung des Vermögens und der Leistungsfähigkeit, um eine technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Eigenbetriebs zu gewährleisten. **X**

Investitionen in Maschinen, Fahrzeuge, Gebäude und Anlagen. Neue Betriebsgebäude für die Bereiche „Entsorgungsbetrieb und Technik“ sowie „Stadtentwässerung und Straßenunterhalt“. Genehmigung eines neuen Betriebsgeländes für den Bereich Grün.
  
- ◆ Re-Kommunalisierung öffentlicher Aufgaben (Eigenleistung vor Fremdvergabe im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge). **X**

Ziel: Rückführung des Reinigungsdienstes wieder zur Stadt.
  
- ◆ Bei allen angestoßenen Veränderungsprozessen innerhalb der Stadtverwaltung sowie der städtischen Tochterunternehmen ist rechtzeitig und zeitnah eine aktive Beteiligung und Einbeziehung der Personal- bzw. Betriebsräte der jeweiligen Unternehmen unerlässlich. **X**

z. B. TWL, WBL, RNV und Stadtverwaltung erfolgt.



|   | Umgesetzt | In Arbeit | Anmerkungen  |
|---|-----------|-----------|--|
| <b>Sport und Ehrenamt</b>   |           |           |  |
| ◆ Die öffentlichen Sportanlagen sollen, wie im Sportförderungsgesetz des Landes RLP festgeschrieben, den Vereinen weiterhin unentgeltlich zur Verfügung stehen. | X         |           |  |
| ◆ Erhalt der städtischen Zuschüsse für Vereine und den Sport im Allgemeinen auf dem derzeitigen Niveau. Planungssicherheit der Vereine für ihre weitere Arbeit. | X         |           | Trotz schwieriger HH-Lage der Stadt, bisher Beibehaltung der Höhe der Zuschüsse an Vereine und Verbände. |
| ◆ Hohe Priorität hat die Förderung der Vereine mit eigenen Anlagen sowie die Jugendarbeit.  | X         |           | Entsprechende Gestaltung der Sportförderrichtlinien der Stadt.   |
| ◆ Förderung von regionalen und überregionalen Sportveranstaltungen als positive Imagefaktoren für die Stadt.  | X         |           | Z. B. Stadtlauf, Mini Fußball WM, Ludwigshafener Sportschau etc.   |
| ◆ Verbesserung der Bädersituation, Investorensuche für einen möglichen Bau und Betrieb eines Kombi-Bades mit einer Saunalandschaft am Willersinnweiher.         |           | X         | Realisierung wäre wünschenswert, jedoch bisher noch keine Findung eines Investors.                       |
| ◆ Fortführung des Sonderprogramms „Sanierung der Bezirks-Sportanlagen“  | X         |           | Jährliche Mitteleinstellung im Haushalt von 100 T€.  |
| ◆ Fortführung des Sonderprogramms „Förderung von ehrenamtlichen Eigeninitiativen“.  | X         |           | Erhöhung im Jahr 2011 von 20 T€ auf 40 T€.   |



- ◆ Jährliche Förderung einer investiven Maßnahme in Verbindung mit dem Landesprogramm „Goldener Plan“.

X

Von Seiten der Stadt ja, jedoch keine Genehmigung vom Land. Grund: Finanzierung des Stadtanteils wird aufgrund der Haushaltssituation kritisch gesehen. Anmeldung für 2012: Sanierung des Kunstrasenplatzes VFR Friesenheim.

- ◆ Unterstützung der Forderung des Ludwigshafener Sportverbandes, die bürgerschaftlichen Mitglieder des Sportausschusses selbst benennen können.

X

Kein Konsens im Stadtrat möglich. SPD hat dem LSV Mandate zur Verfügung gestellt.

**Umgesetzt      In Arbeit      Anmerkungen**

## Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

---

- |  |                 |  |
|--|-----------------|--|
| <p>◆ Um die Mobilität vieler Menschen zu erhalten, brauchen wir in Ludwigshafen und der Region künftig einen bedarfsorientierten und bezahlbaren öffentlichen Personennahverkehr. Nur attraktive öffentliche Verkehrsmittel sind in der Lage Fahrgäste zu binden und neue Kunden zu gewinnen.</p>  | <p><b>X</b></p> | <p>Zielführende Veränderungen ist eine permanente Aufgabe in Verbindung mit dem Verkehrsverbund (VRN) sowie der Rhein-Neckar-Verkehrs GmbH (RNV).</p>                                    |
| <p>◆ Vernetzung der Angebote mit denen der anderen Verkehrsunternehmen in der Region, so mit der S-Bahn Rhein-Neckar und dem BRN. Die Anschlüsse an den zentralen Umsteigeknotenpunkten sollten untereinander abgestimmt sein, um lange Wartezeiten zu vermeiden. Dies gilt u. a. auch für das Umsteigen am Berliner Platz/ S-Bahnhof Mitte und den S-Bahn Haltepunkten Mundenheim und Rheingönheim.</p> | <p><b>X</b></p> | <p>Zielführende Veränderungen ist eine permanente Aufgabe in Verbindung mit dem Verkehrsverbund (VRN).</p>   |
| <p>◆ Vorhaltung einer entsprechenden ÖPNV-Infrastruktur im Hinblick auf Modernität, Komfort, Sauberkeit, Pünktlichkeit, Sicherheit sowie Kundenfreundlichkeit und Serviceorientierung.</p>   | <p><b>X</b></p> | <p>In Verbindung mit RNV permanente Aufgabe. Aktueller Kundenbarometer der RNV zeigt gute Ergebnisse.</p>  |
| <p>◆ Barrierefreie Zugänge für behinderte und ältere Menschen zu den einzelnen Haltepunkten sowie Busse und Bahnen.</p>  |                 | <p style="text-align: center; vertical-align: middle;"><b>X</b></p> <p>Weitere Realisierungen notwendig. Vordergründig ist die Schaffung von barrierefreien Haltestellen im Rathaus.</p> |



- ◆ Erstellung einer Prioritätenliste für einen barrierefreien Neu-, Um- und Ausbau von Haltestellen. **X**
- ◆ Überschaubare und attraktive Tarifangebote, auch im Hinblick einer Neukundengewinnung. **X** In Verbindung mit VRN, z. B. Karte ab 60, RNV-Ticket, Maxx-Ticket, 24-Stunden-Ticket.
- ◆ Moderate Tarifierpassungen unter Beachtung der Nutzergruppen (z. B. Schüler „MAXX-Ticket“ und „Karte ab 60“). **X** In Verbindung mit dem Verkehrsverbund (VRN).

|   | Umgesetzt | In Arbeit | Anmerkungen  |
|---|-----------|-----------|--|
| <b>Stadtteilentwicklung</b>   |           |           |  |
| ◆ Erhaltung und Entwicklung der Nahversorgungsfunktion.   | X         |           | In vielen Stadtteilen durch Ansiedlung von Verbrauchermärkten und Einzelhandelsbetrieben die Nahversorgung verbessert.   |
| ◆ Schaffung von Parkraum für KFZ.   | X         |           | Dort, wo neue Einkaufsmöglichkeiten geschaffen wurden oder neue Neubaugebiete entstanden sind, ist die Parkraum-Situation berücksichtigt.  |
| ◆ Vielfältiger Angebotsmix und gute Versorgungsqualität.  | X         |           | Angebotsmix und Versorgungsqualität in Ludwigshafen ständig verbessert.  |
| ◆ Aktive Beseitigung von Leerständen.   |           | X         | Bemühungen von Beseitigung von Leerständen teilweise geglückt, jedoch weitere Anstrengungen notwendig.   |
| ◆ Fortführung der Projekte „Soziale Stadt“, Erhalt und Förderung eines „sozialen“ Quartiersmanagements. | X         |           | Durch Kürzung der Bundesmittel negative Auswirkungen für das Programm „Soziale Stadt“ in der Zukunft.<br>Insgesamt betragen die Bundesfinanzmittel für Soziale Stadt 2011 nur noch 28,5 Mio. Euro und somit weniger als ein Drittel gegenüber 95 Mio. Euro in 2010. So gibt es für die in 2006 eingeführten Modellvorhaben im nicht baulichen Bereich, z. B. für Spracherwerb, Verbesserung von Schul- und Bildungsabschlüssen, keine finanziellen Förderungen mehr. |



◆ Das gemeinsame Leben der Generationen muss gewährleistet sein: Schaffung von Lebensräumen und sozialen Einrichtungen für ältere Menschen, Jugend und Familien.

**X**

Lebensräume wurden erhalten und weiter ausgebaut. Z. B. Haus Noah in der Pflingstweide, Bau von Pflegeeinrichtungen in der Melm, Oppau, Rheingönheim und Rheinufer-Süd.

◆ Die Stadtteile müssen optimal an die öffentliche Verkehrsinfrastruktur angebunden sein und bleiben.

**X**

Durch Optimierung des Liniennetzes sowohl für Bahnen als auch für Busse, erfolgreicher Einsatz für einen bedarfsorientierten und wirtschaftlich vertretbaren ÖPNV.



Umgesetzt      In Arbeit      Anmerkungen

## Soziales

---

- ◆ Eine aktive Sozialpolitik ist ein elementarer Baustein unserer Stadtpolitik. Nur mit ihr kann der gesellschaftliche Konsens gesichert werden. **X** Weiterhin ständige Aufgabe unter Einbindung der Sozialverbände.
- ◆ Wir entwickeln ein kommunales Seniorenkonzept, das Freizeitbetätigungen, Bildungsziele und Gesundheitsangebote beinhaltet. Erfahrungen und Kenntnisse der Seniorinnen und Senioren werden dabei eingebunden und generationsübergreifend weitergegeben. **X** Jedoch ständige Fortschreibung des Konzepts unter Berücksichtigung eines veränderten Bedarfs.
- ◆ Weiterer Ausbau der Volkshochschule als qualifiziertes Bildungszentrum. **X** Wichtige Institution in Ludwigshafen für Fort- und Weiterbildung.
- ◆ Behinderte Menschen haben in Ludwigshafen weiterhin Platz in der Mitte der Gesellschaft. Barrierefreiheit ist nur vordergründig ein Begriff aus dem Bereich Bauen und Verkehr. Unser Ziel ist es, möglichst vielen Menschen die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu sichern. Dafür ist eine zeitliche und sachliche Rangfolge zu erarbeiten und ständig fortzuschreiben. Ebenso sind die entsprechenden Finanzmittel einzuplanen. **X** Ständige Aufgabe, u. a. Absenkung von Bordsteinen, Bau von behindertengerechten Wohnungen, barrierefreien Straßenbahnhaltestellen, barrierefreie Zugänge zu öffentlichen Gebäuden.
- ◆ Fortsetzung und Erweiterung des Sonderprogramms Soziale Stadt und der „Lokales Kapital für soziale Zwecke“- Projekte. **X** Siehe Anmerkungen im Bereich Stadtteilentwicklung; gleiches Thema.



- |   |   |   |   |
|---|---|---|---|
| ◆ Die Stadtverwaltung und ihre Töchter werden weiterhin ausbilden und qualifizieren.  | X |   | Beteiligungsbericht der Verwaltung:<br>Insgesamt 396 Azubis, Stadtverwaltung und städtische Töchter. (Ohne Sparkasse und RNV)   |
| ◆ In der Pflege gilt weiterhin ambulant vor stationär, die stationäre Pflege darf kein Spielball eines freien Marktes werden.   | X |   | Ständige Fortentwicklung und Veränderungen bei Bedarf.  |
| ◆ Die erfolgreiche kommunale Gesundheitsprävention ist fortzusetzen und auszubauen.   | X |   | Guter Standard ist beizubehalten. Dies gilt sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich.   |
| ◆ Die unterstützende Versorgung Hilfebedürftiger nach ambulanten Operationen muss personell und finanziell gesichert werden. Hierbei müssen vordergründig die Krankenkassen in die Verpflichtung genommen werden. |   | X | DRK-Patientenhotel in Friesenheim erster Schritt in die richtige Richtung.  |
| ◆ Die gemeinnützige Beschäftigungsgesellschaft (GeBeGe) muss gerade für Langzeitarbeitslose erhalten bleiben.   |   |   | Auflösung der GeBeGe unter Beachtung sozialer Belange. Ausfluss der verfehlten Beschäftigungspolitik von schwarz/ gelb in Berlin. Zuschusskürzungen durch die Agentur für Arbeit. BR der GeBeGe hat dem erstellten Sozialplan zugestimmt. |

|   | Umgesetzt | In Arbeit | Anmerkungen   |
|---|-----------|-----------|---|
| <b>Bauen, Wohnen und Verkehr</b>  |           |           |   |
| ◆ In Neubaugebieten attraktiven Wohnraum schaffen.  | X         |           | In der Innenstadt und allen Stadtteilen Ludwigshafens, z. B. Neubaugebiet Melm, Neubruch, Quartiersbebauungen. Wohnbestandsanierung in allen Stadtteilen durch Stadt, Private oder Wohnungsunternehmen GAG, Luwoqe. |
| ◆ Für junge Familien kostengünstiges Wohneigentum ermöglichen.  | X         |           | Teilweise durch kostengünstige Bauplatzvergabe oder Verkauf von Erbbaugrundstücken der Stadt.   |
| ◆ Das Wohnumfeld in den vorhandenen Wohnquartieren verbessern.  | X         |           | Z. B. Rheinpromenade, Ebertpark, Oppauer Park, Erneuerung von Spielplätzen, Gestaltung Fußgängerzone Bismarckstraße, Bahnhofstraße.   |
| ◆ Beim Neubau und Sanierung von Gebäuden auf Vollwärmeschutz achten, wie z. B. geschehen im Stadtteil Pfingstweide, Gartenstadt, Friesenheim durch die GAG oder Luwoqe. |           | X         | Teilweise durchgeführt. Weiterführung des Prozesses bei städtischen Gebäuden und Gebäuden der Wohnungsunternehmen sowie an Privathäusern.   |
| ◆ Beim Neubau und Sanierung von Gebäuden auf die Belange der Behinderten und der älteren Menschen berücksichtigen.  | X         |           | Bei Sanierung von Mietwohnungen der Wohnungsunternehmen und städt. Gebäude wie Pfalzbau.  |
| ◆ Weiterführung des Projekts „Soziale Stadt“; hier bezogen auf bauliche Tätigkeiten in den jeweiligen Stadtteilen.  | X         |           | Fortführung der Programme „Soziale Stadt“, jedoch massive Einschränkungen durch massive Mittelkürzung des Bundes.   |



- |  |          |  |
|--|----------|--|
| ◆ Die Bebauung Rheinufer-Süd und Parkinsel-Bebauung vorantreiben.  | <b>X</b> | Parkinsel- und Rheinuferbebauung wurde ein großer Erfolg. Zügiger Baufortschritt, Ansiedlung von Telekom Callcenter. Weitere Baufelder sind in konkreter Planung.  |
| ◆ Sicherung des BASF Standortes Ludwigshafen.  | <b>X</b> | Mit Milliardeninvestitionen im Werk ist Ludwigshafen als Standort gesichert.   |
| ◆ Weitere Gewerbegebiete für Handel und Handwerk erschließen.  | <b>X</b> | Ansiedlung von Gewerbetreibenden wie Vögele AG Rheingönheim, Bäckerei Görtz, BMW Scheller, Telekom AG u. a.  |
| ◆ Jährliche Mittelbereitstellung für den baulichen Unterhalt von Kinder- und Jugendeinrichtungen.                            | <b>X</b> | Bau zahlreicher städt. Kindereinrichtungen im gesamten Stadtgebiet. Großzügige Unterstützung der konfessionellen Betreiber von Kindereinrichtungen.                |
| ◆ Um die Stadt mobil zu halten ist es weiterhin notwendig Mittel für den Straßenbau im jeweiligen Haushaltsjahr einzuplanen. | <b>X</b> | Beginn Ausbau der Brunckstraße vom Norden her. Sanierung von überörtlichen Straßen wie L523 von Pfingstweide bis Oppau oder Hansenbuschstraße und Kaiserwörthdamm. |
| ◆ Weiterführung der Straßenausbauprogramme in den Stadtteilen.   | <b>X</b> | Ständig weiterführender Prozess in den Stadtteilen. Terminlich abgestimmtes Programm abgearbeitet.   |



|  | Umgesetzt | In Arbeit | Anmerkungen  |
|--|-----------|-----------|--|
| <b>Umwelt</b>  |           |           |  |
| ◆ Ständige Überwachung unserer Luft in enger Kooperation mit der Industrie.  |           | X         | Ständiger Prozess.   |
| ◆ Reduktion von Lärm, Staub oder Abgasen dort, wo die Stadt Einfluss nehmen kann.  |           | X         |  |
| ◆ Reduzierung von Schadstoffemissionen bei Kfz durch ein attraktives ÖPNV-Angebot.   | X         | X         |  |
| ◆ Ausbau des Fernwärmenetzes.  | X         |           | Bisher große Investitionsmaßnahmen durch die TWL. Weiterer Ausbau geplant. |
| ◆ Reduktion der Luftbelastungen über Wohngebieten durch Einsatz von neuen Techniken, z. B. Blockheizkraftwerken (BHKW), Brennstoffzellentechnik, Wärmepumpe, Stirling-Motor und eventuell Geo-Thermie. |           | X         |  |
| ◆ Schutz und die Überwachung unserer Gewässer (Weiher, Teiche, Bäche und des Rheins).  | X         |           | Weiterhin ständige Aufgabe.  |
| ◆ Sicherung der Wasserversorgung durch ständige Überwachung des Grundwassers.  | X         |           | Weiterhin ständige Aufgabe.  |
| ◆ Überwachung, Ausbau und ständige Sanierung unseres Abwassersystems.  | X         |           | Jährliche hohe Investitionen durch WBL, ständiger Prozess.                 |



- |  |          |          |   |
|--|----------|----------|---|
| ◆ Sauberer Boden ist die unabdingbare Voraussetzung für sauberes Wasser.   | <b>X</b> |          |   |
| ◆ Sanierung von Flächen mit Altlasten – dort wo dies technisch möglich und finanzierbar ist (z. B. altes Metro-Gelände an der Maudacher Straße, Raschig-Deponie, Rotschlammhalde auf dem Giulini-Gelände, ehemalige Bauschutt-Deponie am Hohen Weg). |          | <b>X</b> | Voraussetzungen wurden durch Entscheidungsgremien geschaffen. |
| ◆ Entwicklungen von Konversionsprogrammen, die massiv von Bund und Land unterstützt werden müssen.   |          | <b>X</b> |   |
| ◆ Erhaltung der Lebensräume von Pflanzen und Tieren im gesamten Stadtgebiet.   | <b>X</b> |          | Ständiger Prozess.  |
| ◆ Schutz der Rhein-Auen im Grünen Süden und des Rehbachtals.   | <b>X</b> |          | Ständiger Prozess.  |

|   | Umgesetzt | In Arbeit | Anmerkungen   |
|---|-----------|-----------|---|
| <b>Kultur</b>   |           |           |   |
| ◆ Erhaltung des Wilhelm-Hack-Museums, des Ernst-Bloch-Zentrums und des Pfalzbaus als Kulturinstitutionen.     | X         |           |   |
| ◆ Forderung einer entsprechenden Preispolitik, die es allen Bürger/innen ermöglicht, die Programme zu nutzen. | X         |           | Einführung des eintrittsfreien Samstags im Wilhelm-Hack-Museum.   |
| ◆ Einsatz des Tages bei freiem Eintritt ins Museum und Einsatz der Ermäßigung für Schulklassen.               | X         |           | Schulklassen zahlen keinen Eintritt im Wilhelm-Hack-Museum. Theater bietet günstige Schülerpreise. Bibliothek ist für Kinder und Jugendliche kostenlos nutzbar.   |
| ◆ Verteilungsgerechtigkeit zwischen den großen und kleinen (freien) Kulturen.                                 |           | X         | Der Kultursommer hat 2011 gezeigt, wie Vereine und bürgerschaftliche Initiativen mit einer verhältnismäßig geringen Unterstützung durch die Stadt ein buntes Kulturangebot schaffen. Weitere Zielsetzung: Eine effektive und gerechte Förderung für Projekte. |
| ◆ Bei Bauprojekten müssen verstärkt Künstler einbezogen werden.   |           | X         | Die Berücksichtigung von Künstlern bei Bauprojekten bleibt auch in den nächsten Jahren ein Thema.   |



- |   |          |  |
|---|----------|--|
| ◆ Wir setzen uns dafür ein, dass das Kulturbüro in der Betreuung und Förderung von Künstlern und freier Szene seine vorrangige Aufgabe sieht. Dazu gehört auch, dass das Kulturbüro beratend im Bereich Fundraising aktiv wird. | <b>X</b> | Verstärkt werden muss die Arbeit der Beratung (auch im Bereich Fundraising) und Betreuung von Kunstprojekten. Eine verstärkte Unterstützung der freien Szene durch das Europabüro und das Kulturbüro müssen weiter, auch mit Bemühungen der großen Kultureinrichtungen, einhergehen (z. B. Kooperation Theater im Pfalzbau/ Theaterkumpanie KiTZ). |
| ◆ Forderung einer Konzeption für eine interkulturelle Kulturarbeit.   | <b>X</b> | Die konzeptionelle Entwicklung interkultureller Kulturarbeit in allen Einrichtungen und Projekten bleibt weiter auf der Agenda.  |
| ◆ Unterstützung der Bewerbung von Mannheim als Kulturhauptstadt der Region.   | <b>X</b> | Die Ausgestaltung der Bewerbung von Mannheim und der Region als europäische Kulturhauptstadt werden wir weiterhin unterstützen.  |
| ◆ Zeitgemäßer Umbau der Stadtbibliothek.  | <b>X</b> | Gebäude soll mit Unterstützung von EU-Mitteln saniert werden. Die aktuelle Verzögerungen sind bedauerlich und einem unbefriedigendem Verwaltungsablauf geschuldet.   |
| ◆ Erhalt der Stadtteilbibliotheken.   | <b>X</b> | Enormer ehrenamtlicher Einsatz.  |

|  | Umgesetzt | In Arbeit | Anmerkungen  |
|--|-----------|-----------|--|
| <b>Integration, Migration</b>  |           |           |  |
| ◆ Interkulturelle Fortbildung- und Trainingsangebote für die Mitarbeiter/innen in kommunalen Einrichtungen sollen zur Selbstverständlichkeit werden. | X         |           | Angebote stehen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Verfügung. Ständiges Hervorheben der Wichtigkeit solcher Angebote.   |
| ◆ Erhöhung von Repräsentanz von Migranten in allen öffentlichen Bereichen.   |           | X         | Ständige Aufgabe unter Berücksichtigung des Gleichstellungsgesetzes.   |
| ◆ Verbesserung der Bildungschance/ Bildungssituation von Migranten.  | X         | X         | Angebote der VHS sind vorhanden und werden je nach Bedarf angepasst.   |
| ◆ Nutzung der Einflussmöglichkeiten auf die landespolitische Ebene.  | X         | X         | Kontinuierliche Gespräche mit der Landespolitik (Abgeordnete und tangierende Ministerien).   |
| ◆ Qualifizierung der Pädagoginnen und Pädagogen durch Aus- und Fortbildung.  | X         |           | Angebote sind vorhanden.   |
| ◆ Verbesserungen der vorhandenen Ressourcen im Bereich der vor- und außerschulischen Bildung.  | X         |           | Gerade im Kindergartenbereich (z. B. Einsatz muttersprachlicher Erzieherinnen) und auch in der Erwachsenenbildung (z. B. Mamakurse, VHS Kurse) wurden große Anstrengungen unternommen. |



- ◆ Die nicht hoch genug zu schätzende Integrationsarbeit der Sportvereine muss stärker unterstützt und gewürdigt werden. **X**
- ◆ Politische Bildung von Migranten als Weg zur Teilhabe an den kommunalen Entscheidungsprozessen muss aus- und aufgebaut werden. **X**

Förderung der Sportvereine gemäß dem Sportförderungsgesetz des Landes Rheinland-Pfalz sowie der Förderrichtlinien der Stadt.

Wahl eines Migrationsbeirates erfolgt. Unmittelbare Einbindung der SPD-Mandatsträger im Beirat in die Arbeit der Stadtratsfraktion, somit auch Einbindung in kommunale Entscheidungsprozesse.